

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 2 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 3721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Anzerate werden die 6 gespaltene Zeitspalt oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Anzeraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Anzerate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Str. 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

In einer gestern abgehaltenen Parteiversammlung der Leipziger Genossen wurde der Bierkrieg für beendet erklärt.

Eine gestern von über 8000 Leipziger Buchdruckern besuchte Versammlung vertrat die Entscheidung über die Tarifverhandlungen.

Zahlreiche Bergarbeiterversammlungen stimmten gestern der Forderung einer 15prozentigen Lohnerhöhung zu.

Der nationalliberale Parteitag gab der Reichstagsfraktion ein Vertrauensvotum.

Der katholische Pfarrer Gaisert in Gündelwangen wurde wegen verbotener Verkündigung zum Weineid zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

Wegen der Durchführung des Sonntagsruhegesetzes brach in 970 der 2000 Pariser Bäckereien ein Streik aus.

Der Ausstand der griechischen Eisenbahner ist beendet.

In Gelsingfors trat der Kongress der Kadetten zusammen.

Kolonialpolitik.

Leipzig, 8. Oktober.

I.
ap. Wenn man sich über das Wesen der Kolonialpolitik klar werden will, sowohl der früheren, wie der gegenwärtigen, so muß man zunächst erwägen, wozu ein Volk Kolonien braucht. Es gibt mehrere solcher Gründe.

Einige, die schon von alters her galten, tauchen immer aufs neue bei andern Völkern auf. Andre hängen dagegen aufs engste mit der neuesten wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Auch muß man unterscheiden zwischen den Gründen, die nur als schön klingender Vorwand dienen, und den wirklichen Gründen, die nur selten offen ausgesprochen zu werden pflegen und durch kritische Untersuchung aufgedeckt werden müssen.

Zu den Gründen, die von einfältigen Kolonialschwärmern vorgebracht werden, weil sie so anmutig und verführerisch klingen, gehört das Gerede, man müsse heruntergekommenen Volksgenossen die Gelegenheit schaffen, sich jenseits des Meeres ein neues glückliches Heim zu gründen. Wenn das Vaterland nicht allen seinen Kin-

dern eine ausreichende Existenz zu bieten vermöge, so sorge es wenigstens dafür, daß diejenigen, die im Kampf ums Dasein unterlegen seien, anderswo eine Stätte fänden, wo sie ein besseres Leben anfangen könnten. Das klingt sehr schön, ist jedoch nicht besonders geeignet, die bismarckische Kolonialpolitik zu verherrlichen.

Der Deutsche, der den vaterländischen Staub von seinen Schuhen schüttelt, weil ihm das doppelte Joch der Kapitalisten- und der Polizeiherrschaft zu schwer wird, wird sich wohl nicht nach den Wäldern von Damaraland oder den Sümpfen am Tanganisasee wenden, wo er dem nämlichen Polizeidirektor und dem nämlichen Staatsanwalt begegnet, denen er zu Hause eben glücklich entronnen ist, sondern er wird sich ein freieres Land aussuchen. Daß man trotzdem auf diese Rederei verfallen ist, erklärt sich daraus, daß historisch in der Tat die Flucht vor dem heimatischen Elend eine wichtige Ursache von kolonialen Gründungen gewesen ist. Englische Sektierer, die um ihres Glaubens willen im siebzehnten Jahrhundert aus ihrer Heimat vertrieben wurden, gründeten in Amerika die Neu-England-Staaten, die den Ursprung der amerikanischen Republik gebildet haben. Sträflinge waren die ersten Ansiedler in Australien. Damals gab es noch ausgedehnte, nur dünn von Wilden bevölkerte Weltteile mit gemäßigtem Klima und fruchtbarem Boden; jetzt aber finden sich, trotz aller verlockenden Birkulare von Dampfergesellschaften und Landagenten, solche Bedingungen nirgends mehr gemeinsam vor.

Diese Kolonisation überseeischer Gebiet muß den heutigen Kolonialschwärmern wohl als reine Fiktion erscheinen, denn sonst würden sie darin nicht einen gleichenden Schleier für schlimmere Arten von Kolonialpolitik erblicken. Gleichwohl zeigt auch sie schon die volle Barbarei aller Kolonialpolitik auf. Die amerikanischen und australischen Ansiedlungen konnten nur stattfinden unter gleichzeitiger Ausrottung oder Vertreibung der ursprünglichen Einwohner. Obgleich diese den Fremden meist freundlich entgegenkamen, wurden sie bald verjagt, ihres Landes beraubt und wie wilde Tiere erschossen. Eine derartige Kolonisation hat also nichts an sich, was der „zivilisierten“ Periode der Menschengeschichte eigentümlich ist; sie setzt nur die Ausrottung und Vertreibung schwächerer Völker durch stärkere fort, wie sie in der „barbarischen“ Periode der Menschengeschichte auch vorkommt.

Wichtiger für unsere Betrachtung sind jene andern Arten der Kolonialpolitik, die aus der speziellen wirtschaftlichen Grundlage des zivilisierten Zeitalters entstanden sind, aus der Warenproduktion und ihrer entwickeltesten Form, der kapitalistischen Produktionsweise.

Wo Naturalwirtschaft herrscht, braucht man keine Kolonien. Bei dieser Wirtschaft genügt ein kleiner Umkreis von Produzenten (eine Familie, ein Dorf) sich selbst. Er-

bringt alle Lebensmittel, die er braucht, aus eigener Kraft hervor, durch eine Kombination von Ackerbau, Viehzucht und Handwerk. Aber völlig von der Außenwelt abgeschlossen ist er doch nicht; es gibt und gab nirgends eine solche Gemeinschaft, die im strengsten Sinne des Wortes sich selbst genügt hätte. Auch auf die abgeschlossensten Höfen kamen dann und wann Kaufleute, um Gegenstände zu verkaufen, die man nicht selbst machen kann; schwer herstellbare Werkzeuge wurden in der Stadt gekauft und dafür überschüssige Agrarprodukte verkauft.

Man lebten die barbarischen Völker ursprünglich nicht in einer Umgebung, wo sich Waren kaufen ließen; ihre Nachbarschaft bildeten ebenso primitive Gemeinwesen, wie sie selbst waren. Dennoch war auch hier das Bedürfnis nach fremden Produkten vorhanden, die sie sich nicht selbst verschaffen konnten. Für die Arbeitswerkzeuge und namentlich für Kriegswaffen brauchte jedes Volk Metalle, die nicht überall zu finden waren. So gab und gibt es immer, in den ältesten Zeiten, wie auch jetzt bei unentwickelten Völkern einen lebhaften, wenn auch etwas schwerfälligen Austauschverkehr, durch den die Produkte der einen Gegend von Hand zu Hand und von Stamm zu Stamm gehen, bis sie in weit entfernte Gegenden gelangen.

Wo mehrere Handelswege zusammenkommen, bilden sich dann Handelsvölker aus, die diesen Handel zu ihrer ausschließlichen Beschäftigung machen. Sie holen die Produkte aus dem einen Land und bringen sie nach dem andern; sie vermitteln den Austauschverkehr zwischen den entferntesten Völkern, der für sie eine Quelle des Reichtums und der politischen Macht wird. Von ihnen geht überall die Umwälzung der althergebrachten Wirtschaftsordnung und der Anfang der Warenproduktion aus; bei ihnen tritt zugleich auch das Bedürfnis nach Kolonien auf. So ging es den Phöniziern und Karthagern im Altertum, den Venezianern im Mittelalter, den Holländern und bis zu einem gewissen Grade auch den Engländern in der neueren Zeit, und bei allen wiederholen sich die nämlichen politischen Erscheinungen, weil die ökonomische Grundlage bei allen gleich ist. Ob man die Kolonisation der Karthager in Spanien, oder die Kolonisation der Holländer und Portugiesen in Indien betrachtet, überall findet man, trotz geringer Verschiedenheiten, die aus der Verschiedenheit der näheren Umstände hervorgehen, doch der Hauptsache nach den nämlichen Typus und die nämlichen Methoden, die der Kolonialpolitik aller Handelsvölker denselben schnurartigen Charakter geben.

Wo Handelsvölker den Verkehr vermitteln zwischen Völkern, die mit ihnen auf gleicher oder ähnlicher Kulturstufe stehen, da müssen sie sich in der Regel mit Handelsverträgen begnügen, die ihnen ein Monopol sichern oder doch so viel an bestimmten Rechten und Freiheiten, als für den Schacher notwendig ist. Müssen sie aber einen Teil

Seuilleton.

Hans im Glück.

Roman von Henrik Pontoppidan.

Aus dem Dänischen übersetzt von Mathilde Mann.

7) Nachdruck verboten.

Zweites Kapitel.

Einer von den bekanntesten und geachtetsten Bewohnern von Nyboder zu der Zeit, von der hier die Rede ist, war der alte, pensionierte Oberbootsmann Nissen in der Melissenstraße. Jeden Vormittag, wenn die Turmuhr der St. Paulsstraße elf schlug, konnte man seine hohe, magere, ein wenig gebeugte Gestalt aus der niedrigen Türe des kleinen, zweistöckigen Hauses treten sehen, dessen obere Wohnung er innehatte und einen Augenblick blieb er auf dem Bürgersteig stehen, um auf Seemannsart zu den Wolken emporzusehen und den Blick über die Dachfirste wie über die Latelage eines Schiffes laufen zu lassen. Er trug einen etwas verchromten Ueberrock, in dessen Knopfloch man ein breites Danebrogband sah. Auf dem weißen Kopf hatte er einen grauen Cylinderhut, und an der linken Hand, mit der er sich auf seinen Regenschirm stützte, einen alten schrumpeligen Glacehandschuh.

Den rechten Arm auf den Rücken gelegt, trippelte er dann langsam und vorsichtig die unebene Fliesenreihe entlang. Gleichzeitig ward seine Frau in dem Spion oben vor dem Fenster sichtbar, von wo aus sie ihn mit den Blicken verfolgte, bis er glücklich über den tiefen Kinnstein an der Ecke der Clementierstraße gelangt war. In einer gelbgeblümten Nachjacke und mit einer Papillote aus Zeitungspapier vor jedem Ohr stand sie da oben und genoss den Anblick seiner wohlgepflegten Person mit einer

Selbstzufriedenheit, als sei er ganz und gar ihr eigenes Werk.

In dem Augenblick, wo der Oberbootsmann an der Nyboder Wache mit dem hohen Galgen, an dem die Marmorglocke hing, vorüberkam, nahm er den Regenschirm in die rechte Hand, um mit der linken grüßen zu können, falls jemand von der Wachmannschaft ihm militärische Ehren erzeigen sollte. — etwas, worauf er großen Wert legte und was er sich immer ganz genau merkte. Dann bog er in die Kamelstraße ein und nahm die Richtung nach dem Amalienborger Schlossplatz, wo er sich täglich zu dem Glockenschlag einfindet, an dem die Wachtparade aufzog. Wenn er die Musik eine Zeitlang gehört hatte, ging er zurück über die Große Königsstraße und durch die Bürgerstraße und weiter in die Stadt hinein.

Hier, wo er sich außerhalb seines ehemaligen Machtgebiets befand, wo ihn niemand als Oberbootsmann Nissen kannte, der den Danebrogorden aus des Königs eigener Hand erhalten hatte, kurz, wo er ein ganz gewöhnlicher Spaziergänger war, dem die Leute ungestraft gegen den Ellenbogen rennen konnten, — hier sank er unwillkürlich ein wenig mehr im Rücken und in den Knien zusammen, während er etwas ängstlich auf seinen schmerzenden Füßen dahinhumpelte. Weiter als bis an die Kaufmännerstraße ging er niemals. Was jenseits dieser Straße lag, war für ihn nicht das richtige Kopenhagen, sondern eine Art Vorstadt, die so abgelagert war, daß er nicht begreifen konnte, wie jemand dort wohnen wollte.

Gewöhnlich währte es jedoch ein paar Stunden, bis er wieder in der Melissenstraße anlangte. Es war nämlich seine Angewohnheit, sich an alle Straßenecken zu stellen, um die hier zusammenfließenden Ströme von Menschen und Wagen zu beobachten. Namentlich hatte er trotz seiner achtzig Jahre einen weitgehenden Blick für alle Dienstmädchen und namentlich für solche, die mit bloßen Armen gingen. Geschah es, daß eine von ihnen im

Vorübergehen dicht an ihm vorbeistrich, so flüsterte er ihr irgendeine Liebeserklärung zu und eilte dann, gesenkten Hauptes, sichernd davon.

Hierzu kam noch, daß er notwendigerweise auch noch einen Augenblick vor den Ladensfenstern stehen bleiben mußte, um die ausgestellten Waren zu betrachten und sich die Preise einzuprägen, von den Unterbekleidern des Wollwarenhandlers an bis zu den Diamantgeschmeiden des Goldschmieds — nicht weil er die Absicht gehabt hätte, gelegentlich einen Einkauf von diesen Dingen zu machen (daran war er schon allein durch den Umstand verhindert, daß ihm seine Frau, die seine Schwäche für das weibliche Geschlecht kannte, niemals den Verkehr mit Geld anvertraute), aber mit seinen leeren Taschen gewährte es ihm eine Befriedigung, in die Läden zu gehen und sich an der Höflichkeit der Geschäftsleute zu weiden, sich die verschiedenen Waren vorlegen zu lassen, nach dem Preise der kostbarsten zu fragen und dann mit dem Bescheid weiterzugehen, daß er „von sich hören lassen werde“.

Den Nachmittag verbrachte der Oberbootsmann daheim in seiner Wohnstube — „dem Saal“, wie dieser Raum in der Nyboder Sprache hieß — einem kajütenähnlichen, niedrigen Zimmer mit einer Reihe kleiner Fenster nach der Straße hinaus. Hier saß er in Hemdsärmeln, die Mühe auf dem Kopf, an einem der Fenster und beobachtete stundenlang die Scharen halbjährer Krähen draußen aus den Anlagen, die auf dem Dachfirst der gegenüberliegenden Häuser krächzten oder unten auf dem Pflaster um die Kehrichteimer, die zu dieser Zeit des Tages noch vor allen Türen der stillen, leeren Straße aufgestellt standen, Krieg führten. Hin und wieder zog sich eine förmliche Gout über seine verblühenen Augen, der Kopf sank dann langsam auf die Brust und der Mund rundete sich.

(Fortsetzung folgt.)

Ihrer Handelsware aus Gegenden holen, wo keine starke Staatsgewalt besteht, sondern nur lose zusammenhängende, auf niedriger Kulturstufe stehende Völker wohnen, so stützen sie Niederlassungen, die sich bald zu Kolonien entwickeln. Für den Tauschverkehr mit den Eingebornen ist es notwendig, daß Händler an dem Orte zurückbleiben, um allmählich Vorräte zu sammeln, so daß die Schiffe sofort voll geladen werden können und nicht zu warten brauchen. Deshalb wird ein Grundstück von den Eingebornen gekauft oder es wird ihnen einfach weggenommen; Stapelhäuser, Magazine und Wohnungen werden gebaut und das Ganze wird als Festung eingerichtet, denn in der Regel muß man auf feindliche Angriffe gefaßt sein.

In den nationalen Geschichtsbüchern ist viel zu lesen von der Falschheit und Lüge der Eingebornen, die, durch abgeschlossenen Verträge nicht achtend, die braven Kaufleute plötzlich gewaltfam überfallen, die Ansiedlungen zu verbrennen und ihre Insassen zu morden versuchen. In der Regel wird dabei verheimlicht, daß die Eingebornen alle Ursache haben, in solcher Weise ihr Recht zu behaupten. Wenn sie im Anfange mit den Fremden freundlich verkehren und handeln, so bemerken sie doch nach kürzerer oder längerer Zeit, daß sie von den schlanen Schadern tüchtig über's Ohr gehauen werden. Bei sehr primitiven Völkern, wo der Austausch seltene Ausnahme ist, hat sich noch kein bestimmter Wertbegriff herausgebildet; für sie haben die verschiedenen Dinge keine bestimmten Austauschverhältnisse; je nach der Laune und der augenblicklichen Lust geben sie bald wertvolle Besitztümer für wertlose Schmuckstücke hin, die ihnen für einen sichtsigen Augenblick gefallen, bald wollen sie gar nichts verkaufen. Sie lassen sich mit Wichtigkeit nachteilige Kontrakte anschwindeln, weil sie von deren Bedeutung gar keine Ahnung haben; der Schluß ist immer, daß sie im Verkehr mit den Händlern den Kürzeren ziehen. Nun sind sie aber nicht zivilisiert genug, um dies ruhig zu ertragen, ihre Ethik ist nicht die Ethik der bürgerlichen Gesellschaft, wonach wer im Kampf ums Dasein unterliegt, sich dabei zu bescheiden hat; auch kennen sie nicht den bürgerlichen Ausweg, zum Raub zu laufen, wenn man betrogen ist. Sie empfinden nur, daß ihnen durch die Pflichtigkeit der Fremden nach und nach alles genommen wird, und es ist kein Wunder, daß sie sich ihr Recht in der ihnen geläufigen Weise zu wahren suchen, nämlich durch Kriegszüge.

Dadurch wird verständlich, weshalb der Tauschverkehr in diesen Handelskolonien immer auf Krieg mit den Eingebornen hinauslaufen muß; oft wird er aber auch von den Kaufleuten, die dabei der Ueberlegenheit ihrer Waffen vertrauen, durch Gewalttätigkeiten, durch offenen Betrug und Raub eingeleitet. Sie sind durch ihre höhere Bildung besser gerüstet und den Eingebornen dazu geistig soweit überlegen, daß alle Kriege nur dazu dienen, ihren politischen Einfluß zu vergrößern und die eingeborne Bevölkerung immer stärker zu unterjochen. So werden die ersten Ansiedlungen immer mehr zu Zentren der ökonomischen und politischen Herrschaft über die Umgegend.

Die Kolonialkriege der Handelsvölker sind in der Geschichte berücksichtigt wegen der barbarischen und rohen Art, wie sie geführt werden. Da tritt zum erstenmal in der historischen Entwicklung der Menschheit die Goldgier als beherrschendes Prinzip auf, dem alles geopfert wird. Geld ist eine Sache, von der man nie zuviel haben kann und von der man immer mehr haben möchte. Man kennt die Ehenlichkeiten, zu denen die Profitgier in Europa gegen Mitbürger und Volksgenossen geführt hat, obgleich sie der Kritik der öffentlichen Meinung ausgesetzt war; wieviel mehr mußte sich diese Gier nicht in Kolonien austoben, wo man Wilden gegenüberstand, von deren Behandlung nur wenig im Vaterlande bekannt werden konnte. Schmutzige Krämerjassen, mit königlicher Gewalt ausgestattet — wehe den Besiegten, die solchen Feinden ausgeliefert wurden, Feinden, denen die Goldgier jede Spur von Menschlichkeit ersticke. Blut- und Schmutzrieselnd hat Marx dieses Kaufmannskapital genannt; durch grausame Ausplünderung der Kolonien haben die Kaufleute jene Reichtümer gesammelt, die im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert den Aufschwung des europäischen Kapitalismus bewirkten.

Mit dem Emporkommen der kapitalistischen Industrie in Europa bekam die Kolonialpolitik eine andere Gestalt. Handelskolonien, wie wir sie eben geschildert haben, finden sich fast nirgends mehr, so wenig wie es jetzt noch ausschließlich Handelsvölker gibt. Bedeutende Handelsniederlassungen in fremden Weltteilen sind jetzt meist Ausflüchthöfen für kapitalistisch ausgebeutete Hinterländer. Aber noch immer kommen in den gegenwärtigen Kolonien jene Praktiken vor, denn auch jetzt gehen die Kaufleute dorthin, um sich, unter dem Schutze der europäischen Staatsgewalt, durch den Handel mit den Eingebornen zu bereichern.

Die Beendigung des Bierkriegs.

In einer gestern vormittag im Volkshause tagenden Parteiversammlung für den 12. und 13. Wahlkreis referierte Genosse Schöpflin über die Situation im Bierkrieg und die Vorschläge zur Beilegung des Konfliktes. Der Redner führte aus: Bereits am Dienstag voriger Woche hatte auf Veranlassung des Brauereibereins eine Sitzung stattgefunden, in der der Brauereibereins erklärte, daß die Brauer geneigt seien, den Bierauschlag auf 1,50 M. herabzusetzen. Der Aktionsausschuß aber sagte: Nein, damit sind wir nicht zufrieden, weil bei 1,50 M. noch ein bedeutender Extrageinn herauspringt. Das wollen wir aber nicht, der Krieg ist ja gerade deswegen entstanden, weil mehr verlangt wird, als die Belastung ausmacht. Die Sitzung verlief erfolglos, jedoch wurde der Aktionsausschuß um eine weitere Zusammenkunft gebeten. Er sagte zu, verlangte aber, daß dann die Brauereidirektoren anwesend sein sollten. Das wurde zugesagt. In der neuen Sitzung erklärten die Brauer zunächst, daß mit 1 M. die durch die Hölle entstehende Belastung nicht gedeckt werde, und sie nicht unter 1,50 M. heruntergehen könnten. Nachdem der Aktionsausschuß erklärt hatte, daß er sich darauf nicht einlassen könne und alles weitere Verhandeln zwecklos wäre, erklärten die Herren dann, sie würden schließlich auf 1,10 M. zurückgehen. Als auch dieser Vorschlag zurückgewiesen wurde, machte ein Gastwirt den Vorschlag, 1,25 M. festzusetzen. Darauf erklärten die Brauer, das sei nicht möglich, 1,30 M. sei das äußerste, was zugestanden werden könne, ohne die Leipziger Brauindustrie ernstlich zu gefährden. Der Aktionsausschuß erklärte sich schließlich, ohne irgendwelche Versprechungen zu machen, bereit, diesen Vorschlag den Instanzen und den Genossen zu unterbreiten, und zwar deshalb, weil man sich auf

Grund einwandfreier Berechnungen davon überzeugt hatte, daß die Leipziger Brauindustrie tatsächlich um 1,30 M. belastet ist. Das Material ist eingehend geprüft worden. Es steht danach fest, daß, abgesehen von wenigen ganz kleinen Brauereien, die Belastung eben eine größere ist, wie früher angenommen wurde, was darin seine Erklärung findet, daß in Leipzig 2 1/2 bis 3 Prozent stärker eingebracht wird als wo anders, und infolgedessen mehr Gerste und Malz notwendig ist, um 1 Hektoliter herzustellen. Es steht auch fest, daß durch den neuen Zolltarif die Getreidepreise in den letzten Monaten bedeutend gestiegen sind; speziell für Gerste wird 12 bis 10 M. mehr verlangt, als im Vorjahre. In einem früheren Flugblatt war der Umsatz von 8 Brauereien vorgeführt, um zu zeigen, daß die Brauer in der Lage seien, die Belastung selbst zu tragen. Die Berechnung würde sich nun, wenn man diese 8 Brauereien wieder annimmt, wie folgt stellen: Es werden jährlich 772 000 Hektoliter Bier gebraut. Dazu sind rund 154 000 Doppelzentner Malz = 200 000 Doppelzentner Gerste notwendig, was eine Mehrausgabe von 300—400 000 M. bedeutet. Es war ausgerechnet, daß bei einem Aufschlag von 2 M. die Brauereien 500 000 M. mehr einnehmen würden, wie die Belastung durch die Brauereier ausmacht. Nunmehr würde sich, wenn die 1,30 M. bewilligt werden, die Berechnung wie folgt stellen: Die Brauer würden insgesamt eine Mehreinnahme von rund 1 000 000 M. haben. Davon gehen 677 000 M. für die Brausteuer ab, es würden also 323 000 M. verbleiben, die durch den erhöhten Getreidepreis aufgefangen werden. Diese Berechnung war notwendig, um die Stellungnahme des Aktionsausschusses verständlich zu machen. Nachdem festgestellt ist, daß ein Extrageinn für die Brauereien nicht mehr herauspringt, sind die Voraussetzungen des Kampfes gefallen, denn wir haben von vornherein erklärt: die Steuerbelastung können wir nicht abwägen, aber wir wollen auch keinen Pfennig mehr zahlen. Nachdem nun der Aktionsausschuß die Dinge nochmals geprüft hat, und die Funktionäre sich ebenfalls eingehend mit der Sachlage beschäftigt haben, ist man dahin gekommen, den Genossen zu empfehlen, nunmehr den Vorkamp über die Bierkriegsangelegenheiten aufzugeben. In dem Kampfe spielte aber noch ein zweites Moment eine Rolle. Die Gastwirte hatten beschlossen, den Preis für ein Glas Bier auf 15 Pfg. zu erhöhen. Wir sagten, davon kann gar keine Rede sein, und auch die Gastwirte hatten ja erklärt, wenn die Brauereien mit dem Aufschlag zurückgehen, würden sie auch ihren Preis wieder umstoßen. Die Funktionäre stehen auf dem Standpunkt, daß, falls die Genossen dazu kommen, auf dieser Grundlage den Frieden zu schließen, die Wirte selbstverständlich ebenfalls zurückgehen müssen. Es liegt ja bereits ein Parteibeschluß vor, den Bierpreis auf 14 Pfg. für ein Glas und 27 Pfg. für zwei Glas festzusetzen. Der Aktionsausschuß hat nun auch die Umstände auf die Gastwirte hin geprüft. Die Sachlage liegt so, daß in einem großen Teil der Gastwirtschaften schon bis jetzt 16 Pfg. für das Glas Bier erhoben worden ist. In den Restaurants, die den Arbeitern zur Verfügung stehen, wurden bisher 18 und 25 Pfg. verlangt. Der Gastwirt bezahlte bisher an die Brauerei 18,50 M. pro Hektoliter. Er verkauft daraus 250 0,4-Bläser à 12 1/2 Pfg. und erzielt einen Verkaufspreis von 31,25 M. Der Rohgewinn betrug 14,75 M. Wenn der Vorschlag des Aktionsausschusses, anstatt 27 Pfg. 28 Pfg. für zwei Glas Bier zu zahlen, angenommen wird, ergibt sich folgendes Resultat: Der Bierpreis für ein Glas wird auf 14 Pfg. pro Glas und löst daraus 35 M. Der Rohverdienst beträgt 17,20 M., also 2,45 M. mehr wie bisher.

Die Saalinhaber hatten ebenfalls eine Verteuerung beschlossen, dergestalt, daß sie statt 0,4 nur 0,3-Bläser für 15 Pfg. verkaufen. Nachdem nun der Bierkrieg beendet gewirkt hat, daß die Brauereien und Gastwirte zu der Erkenntnis gekommen sind, daß gar nicht an eine Beilegung des Kampfes zu denken ist, wenn sie auf ihrem früheren Standpunkte beharren, haben auch die Saalinhaber ihren früheren Beschluß aufgehoben und vorige Woche beschlossen, bei allen Vereinsfesten und Versammlungen, gleichviel welcher Art, 0,3 für 13 Pfg. zu verkaufen. Bei Veranstaltungen, die vom Besitzer selbst veranstaltet werden, sollen dagegen 15 Pfg. für 0,3 gezahlt werden. Aus dieser ganzen Berechnung ergibt sich, daß der Mehrverdienst für die Wirte nunmehr ein ganz minimaler ist, und von einer Ueberbeteiligung des Publikums nicht mehr geredet werden kann.

Wer damit kontent ist und noch nicht begnügen, wir verlangen auch andre Garantien. Wir verlangen, daß kein Gastwirt, der mit im Vorkampfe gestanden hat — es kommen vor allem die kleinen Wirte, die zu uns gekommen sind und das Ringbier abbestellt hatten, in Frage — gemahregelt wird, und daß sämtliche gemahregelten und wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden. Die Brauereien haben auch diese Bedingungen angenommen. Nach dieser Sachlage glauben die Funktionäre und der Aktionsausschuß den Genossen den Vorschlag machen zu können, auf dieser Grundlage den Kampf zu beenden. Es kommt aber noch ein Moment hinzu. Jetzt sind wir es, die den Frieden diktiert, das haben auch die Brauereien zugestanden. Nun ist aber klar, in dem Moment, wo die Voraussetzungen für den Kampf fallen, besteht für uns als Sozialdemokraten gar kein Anlaß mehr, weder als Sozialdemokraten, noch als Konsumenten, noch als Politiker, den Krieg weiter zu führen.

So weit mein Auftrag vom Aktionsausschuß. Nun habe ich noch persönlich einiges zu bemerken. Am Sonnabend ist ein Flugblatt verteilt worden, in dem die Gastwirtsvereine Leipzig-Ostvorstadt und Leipzig-West erklären, daß sie nicht von 15 auf 14 Pfg. zurückgehen werden. Das hat, soweit es Parteigenossen betraf, eine große Aufregung hervorgerufen. Wir hat es eine kleine Freude bereitet. Wenn etwas geeignet war, den 15-Pfg.-Preis zu vernichten, so war es dieses Flugblatt. Gerade ein Teil der Gastwirte im Osten und im Westen waren diejenigen, die die Brauereien geschoben haben, bei dem Zweimarktaufschlag stehen zu bleiben. Wir haben diese Leute richtig eingeschätzt und haben sie zu den letzten beiden Sitzungen gar nicht eingeladen. Herr Wilmann hatte erklärt, wenn der Brauereiaufschlag von 2 M. fällt, werden wir auch zurückgehen. Und dann gehen diese Herren hin und beschließen, dieses Flugblatt herauszugeben. Falls die Herren den 15-Pfg.-Preis beibehalten, werden wir dafür sorgen, daß die Betroffenen der Öffentlichkeit bekannt werden. Auf eine interessante Erscheinung sei noch hingewiesen. Die bürgerliche Presse hat in diesem Kampfe nicht den Mut gehabt, gegen den Bierkrieg vorzugehen, weil ein großer Teil der bürgerlichen Kreise mitmachte. Wenn jetzt diese Kreise nach Abschluß des Friedens erfahren, daß einzelne Wirte es wagen, 15 Pfg. zu nehmen, die früher nur 12 1/2 Pfg. nahmen, so wird das dazu führen, daß das Anstehen dieser Herren so eher zurückgeschlagen wird. Wenn ich es auch begreiflich finde, daß sich der Konsument so etwas wie Grimm bemächtigt, so appelliere ich doch jetzt an sie als Sozialdemokraten, den Vorschlägen des Aktionsausschusses zuzustimmen. Die Mut und der Grimm sind in einer solchen Situation schlechte Berater. Wir dürfen uns nicht von Mackegedanken leiten lassen.

Verschiedene Diskussionsredner wandten sich gegen den Vorschlag des Aktionsausschusses und empfahlen die Weiterführung des Kampfes. Genosse Schöne bemerkte, es liege für die Konsumenten gar keine Veranlassung vor, die Biersteuer allein zu tragen, man hätte den Betrag mindestens teilen müssen; die gemachten Vorschläge seien unannehmbar.

Genosse Göpfner meinte, nachdem die Brauereien erklärt hatten, nicht von dem Zweimarktaufschlag zurückzugehen,

hätte man beschließen müssen, solange zu kämpfen, bis der Preis für zwei Glas Bier wieder auf 25 Pfg. herabgesetzt war. Man dürfe den Kampf nicht, wenn er am günstigsten steht, abbrechen, sonst trage man dazu bei, daß Gerüchte, wonach die Führer durch blaue Lappen bestochen seien, Nahrung fänden. Es handle sich um eine indirekte Steuer, die bekämpft werden müsse. Dazu würde die Regierung endlich gezwungen werden, den Luxus zu besteuern, wie es schon Liebknecht früher im Reichstage gefordert habe. Auch Posadowsky habe im Reichstage erklärt, die Steuer solle von den Brauereien getragen werden.

Genosse Roth erklärte, von einem Siege könne keine Rede sein, wenn man beschließe, für das Glas Bier 1 1/2 Pfg. mehr zu zahlen.

III ge: Ich finde es ja begreiflich, daß der Beschluß in der letzten Versammlung mehr Beifall gefunden hat. Genosse Schöpflin hat nun auseinandergesetzt, daß die Brauereien nachgewiesen haben, daß sie tatsächlich durch die Brausteuer und die Hölle um mehr als 1,30 M. belastet werden. Ich bin überzeugt, wenn wir heute beschließen, den Kampf weiterzuführen, wird eine Verschärfung eintreten, die nicht zu unsern Gunsten ausschlägt. Wenn Sie noch weiter gehen wollen, so könnte das höchstens zur Verschlechterung des Bieres führen, das liegt nicht im Interesse der Konsumenten. Deshalb hielten wir es für unsere Aufgabe, den Genossen vorzuschlagen, das Angebot zu akzeptieren. Es ist auch festgesetzt, daß ein Teil der Gastwirte an dem 15-Pfg.-Preis festhalten will. Es unterliegt gar keinem Zweifel, wenn der Bierkrieg weitergeführt wird, so werden die Wirte, die jetzt zu uns halten, auf die andre Seite gedrängt werden; dadurch würde sich die Situation für uns verschlechtern. Es hat sich mit der Ueberzeugung aufgedrängt, daß wir den Vorschlag mit gutem Gewissen annehmen können.

Genosse Buch wandte sich gegen die von Göpfner ausgesprochene Verdächtigung, die eine Ehrenkündigung schlimmster Art sei und allen Traditionen in der Partei widerspreche. Er habe auch zu den Russen im Streite gehört, es sei aber nicht notwendig, den Kampf bis auf des Messers Schneide zu führen. Man müsse auch den Gegner im Kampfe achten und dürfe keinen Nachkrieg führen. Wenn der Bierkrieg weitergeführt werde, habe man damit zu rechnen, daß circa 200 Brauereiarbeiter brotlos würden, die nicht wieder an ihre alten Plätze kämen, denn die Schärfe und Erbitterung würde auch auf der andern Seite wachsen.

Geher: Es liegt im Interesse der Partei, die Situation in nüchternen und verständiger Weise zu besprechen. Es sind von einer Seite die parlamentarischen Aktionen ganz verkehrt angelegt worden. Es ist gesagt worden, Posadowsky habe erklärt, die Brauer sollen die Steuer tragen. Ja, vergißt denn der Redner, daß er es da mit einem Diplomaten zu tun hat, der die Unzufriedenheit auf die Brauer ablenken wollte, um die Regierung zu entlasten und die Steuer leichter zu bekommen? Das war der wahre Zweck dieser Reden, denn die Herren wissen ebenso gut wie wir, daß die indirekten Steuern in letzter Linie immer auf die Konsumenten abgewälzt werden. Weiter ist mit einem Wort Liebknechts falsch operiert worden. Liebknecht ist nicht für Luxussteuern eingetreten, weil Luxussteuern indirekte Steuern sind und ein solches Verlangen ein Auerkenntnis der indirekten Steuern sein würde. Wenn man mit solchen Dingen aufmarschiert, so ist das ein verkehrter Standpunkt und man muß nur bedauern, wenn ihn ein Genosse einnimmt. Ganz unangehörig sind die Verdächtigungen, die von einer Seite gefallen sind. Es ist ja selber nicht das erste Mal, daß man gegen einen Parteigenossen die Ehre der Partei wahren muß. Die Art und Weise, wie der Bierkrieg verlaufen ist, gefällt auch mir durchaus nicht. Aber die Aktionsfähigkeit der Partei darf nicht auf einen einseitigen Kampf gerichtet sein. Bei der Fleischsteuerung und der Verteuerung des Brotes hat man nicht an den Kampf gedacht, man hat dies als vorläufige unabänderliche Verhältnisse angesehen, gegen die wir jetzt nicht mit Erfolg kämpfen können. Es ist uns nicht gelungen, die Grenzsperrung zu beseitigen, den Agrariertrust zu sprengen, die Annahme des Zolltarifs zu verhindern. Wenn wir die Partei nicht schädigen wollen, dürfen wir uns auf keine kleinlichen Händel einlassen. Meinlich ist es aber, wenn wir sagen, wir wollen den Kampf mit allen Mitteln weiterführen, bis die Brauer auf 1 M. zurückgehen. Gehandelt wird bei jedem Streit, auch die Arbeiter müssen bei ihren Kämpfen handeln. Sie haben ja auch beschlossen, bis zu einem gewissen Kompromiß zu gehen. Wenn Sie heute beschließen wollen, zu warten, bis das Glas Bier wieder 12 1/2 Pfg. kostet, so schlagen Sie eine ganz andre Taktik ein. Man muß sich auch fragen, ist ein solcher Beschluß durchzuführen? Ich sage nein. Der Streit über das Nichteingehen der Beschlässe kann der Partei nicht schaden, unsere Gegner freuen sich darüber. Wenn Sie das außer Acht lassen, ist es mir erklärlich, daß Sie den Kampf weiter führen wollen. Dadurch wäre für die Brauer eine Stufe geschaffen. Sie würden sagen, jetzt, wir haben den Frieden geschlossen, und nun verlangt man noch mehr. Glauben Sie denn, wenn es gelingt, den Bierpreis weiter herabzubringen, daß Sie dann nicht betrogen werden? Wer dagegen die Konkurrenzverhältnisse anführt, der kennt eben die Verhältnisse nicht. Die Brauereien, die schlechtes Bier liefern, verlieren ebenfalls Dividenden und die Käufer werden überbrotet. Das haben wir bei der Zigarettensteuer gesehen. Lassen Sie also keine Beschlässe, die geeignet sind, die Partei zu schädigen und uns lächerlich zu machen oder in eine Situation zu bringen, die zur Ueberlage führen kann.

Genosse Schubert erklärt, daß er für annehmbare Bedingungen zu haben und auch mit dem früheren Vorschlag des Aktionsausschusses einverstanden sei. Dem heutigen Vorschlag könne er aber nicht zustimmen. Er habe von Schöpflin den Eindruck gewonnen, als wenn er sich als Anwalt der Brauereien fühle. Früher habe man ausgerechnet, daß die Belastung mit 1 M. völlig gedeckt sei; jetzt habe man auf einmal gefunden, daß diese Aufstellungen unrichtig seien.

Durch einen Schlußwort wurde die Diskussion beendet. In seinem Schlußwort bemerkte Genosse Schöpflin, daß ihn der Vorwurf, er trete als Anwalt der Brauereien auf, eigenständig berühre, nachdem die Brauereibesitzer und auch die Gastwirte gerade ihn als den schwarzen Mann bezeichnet haben, der sie schädigen wolle. Er würde nie vor die Genossen hingetreten sein und etwas gesagt haben, von dessen Nichtigkeit er nicht völlig überzeugt sei. Er hoffe, daß die Leipziger Genossen, die so oft gezeigt haben, daß sie derartige Kämpfe von einer höheren Marke aus betrachten, auch diesmal im Interesse der Partei das Richtige finden werden.

Darauf wurden die Vorschläge des Aktionsausschusses mit großer Majorität angenommen.

Zur Buchdruckerbewegung.

Zur Vorbergrund des gewerkschaftlichen Interesses steht jetzt ohne Zweifel der neu abgeschlossene Tarifvertrag im Buchdruckergewerbe und die Stellung der Gehilfenschaft dazu. Wie wir an anderer Stelle berichten, findet der Tarifvertrag, der auf zehn Jahre abgeschlossen ist, auch die Zustimmung der Leipziger Gehilfenschaft nicht. Von Halle und Stuttgart haben wir schon am Sonnabend berichtet, daß die dortige Gehilfenschaft den Tarif in der vorgelegten Form nicht akzeptiert, nicht nur, weil die Zugeständnisse darin zu geringfügig sind, sondern weil der Tarifvertrag auch Verschlechterungen enthält.

Reben der Gehilfenschaft in Leipzig, Halle und Stuttgart ist es auch die im Ruhrgebiet, in Essen, Bochum und Duisburg, die in ihren Versammlungen gestern — wie aus